

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **UNTERSTÜTZUNGSPAKET FÜR GRIECHENLAND MIT 110 MRD. € UND EIN EUROPÄISCHER STABILISIERUNGSMECHANISMUS VON 750 MRD. € BESCHLOSSEN**

Auf einem Sondergipfel am 07.05.2010 stimmten die Staats- und Regierungschefs des EURO-Gebiets einem Unterstützungspaket für Griechenland von 80 Mrd. € zu, das in ein mit dem IWF geschnürtes Gesamtpaket von 110 Mrd. € einfließen wird. Eine erste Auszahlung soll noch vor dem 19.05.2010 erfolgen. Weiter wurde als Reaktion auf die derzeitige Krise u. a. die Einrichtung eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität in Europa beschlossen. Die Finanzminister einigten sich daraufhin auf einer Sondersitzung am 09.05.2010 auf ein Gesamtvolumen von 750 Mrd. € für die Dauer von drei Jahren. Die EURO-Staaten sollen 440 Mrd. €, die Europäischen Kommission 60 Mrd. € und der IWF weitere 250 Mrd. € beisteuern. Deutschland wird in Form von Bürgschaften und Garantien für die Griechenlandhilfe mit etwa 22 Mrd. € und für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus mit bis zu 150 Mrd. € einstehen. Die EURO-Staaten beschlossen zudem eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung, der Regulierung der Finanzmärkte sowie der Bekämpfung der Spekulation und verpflichteten sich zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (s. auch Beitrag des StMF). Die Maßnahmen wurden von den Börsen positiv aufgenommen.

Die Schlussfolgerungen beider Räte finden sich unter

<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=221&lang=de>

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG VOM 05./06.05.2010 IN BRÜSSEL; US-VIZEPRÄSIDENT JOE BIDEN IM PLENUM**

In einer zusätzlich anberaumten Debatte wegen des Sondergipfels am 07.05.2010 forderten die Abgeordneten strukturelle Antworten auf die Griechenlandkrise. In einer Rede vor dem Plenum unterstrich US-Vizepräsidenten *Joe Biden* die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. Auf der Miniplenarsitzung wurden zudem die Abstimmungen, die wegen der Reisebeschränkungen durch den Vulkanausbruch in Island auf dem letzten Plenum in Straßburg verschoben werden mussten (s. EB 08/10), nachgeholt. Die Abgeordnete



ten definierten ihre Bedingungen zu dem Austausch von Finanzdaten mit den USA und Australien (SWIFT) und vertagten die Entscheidung über den Austausch von Flugpassagierdaten (PNR-Abkommen). In erster Lesung sprach sich das EP für die Übernahme von Sicherheitskosten an Flughäfen durch die Mitgliedstaaten und nicht durch die Passagiere aus. Bis auf den Rat erteilte das Parlament die Haushaltsentlastung für die meisten EU-Institutionen und -Agenturen in 2008. Weiter forderten die Abgeordneten mehr Tierschutz sowie eine bessere Vorbeugung und frühzeitige Erkennung von Krebserkrankungen. Sie stimmten einem Vorschlag der spanischen Ratspräsidentschaft zur Aufstockung des EP um 18 zusätzliche Abgeordnete nach dem Lissabonvertrag zu. Aus bayerischer Sicht von Interesse war, dass sich das EP erstmalig in einer Resolution zum Klimawandel wegen der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips gegen eine Bodenschutzrichtlinie ausgesprochen hat (s. auch die Beiträge der Ressorts).

[http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus\\_page/008-73866-120-04-18-901-20100430FCS73854-30-04-2010-2010/default\\_p001c001\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-73866-120-04-18-901-20100430FCS73854-30-04-2010-2010/default_p001c001_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

#### **INNENMINISTER *HERRMANN* TRAF IN BRÜSSEL MIT ANTI-TERRORISMUSKOORDINATOR *DE KERCHOVE* ZUSAMMEN**

Der Bayerische Staatsminister des Innern, *Joachim Herrmann*, führte am 11.05.2010 in Brüssel ein Gespräch mit EU-Antiterrorismuskoodinator *Gilles de Kerchove* über Fragen der EU-Innenpolitik und außenpolitische Themen mit Auswirkungen auf die Innere Sicherheit

#### **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 05./06.05.2010: INNENPOLITIK**

Grünes Licht für SWIFT-Verhandlungen mit den USA, rote Linien für den Inhalt des Abkommens – US-Vizepräsident wirbt für rasche Lösung.

[EP-Resolution:](#)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0143+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

[Rede Vizepräsident Biden:](#)

<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-vice-president-biden->



[european-parliament](#)

Bundesrat

[http://www.bundesrat.de/cln\\_179/SharedDocs/Drucksachen/2010/0101-200/151-10\\_28B\\_29.templateld=raw.property=publicationFile.pdf/151-10\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_179/SharedDocs/Drucksachen/2010/0101-200/151-10_28B_29.templateld=raw.property=publicationFile.pdf/151-10(B).pdf)

Abstimmung zu PNR-Abkommen mit Australien und den USA verschoben.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0144+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

**KOMMISSION LEGT AKTIONSPLAN FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE VOR**

Die Kommission hat eine Mitteilung „Aktionsplan für unbegleitete Minderjährige (2010-20149“ vorgelegt und zu verstärktem Schutz der Betroffenen aufgerufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://eur->

<lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0213:FIN:DE:PDF>

**KOMMISSION: JAHRESBERICHT ZUM PAKT FÜR EINWANDERUNG UND ASYL**

Die Kommission hat den Ersten Jahresbericht über Asyl und Einwanderung (2009) vorgelegt. Darin berichtet sie über die Umsetzung des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl, den der Europäische Rat unter französischer Präsidentschaft gebilligt hat.

<http://eur->

<lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0214:FIN:DE:PDF>

**RAT STIMMT RICHTLINIE ZUR EINFÜHRUNG INTELLIGENTER VERKEHRSSYSTEME IM STRASSENVERKEHR FÖRMLICH ZU**

Der Rat hat seinen Standpunkt über die „Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern“ angenommen. Er beruht auf einem Kompromiss zwischen EP, Rat und Kommission. Die Richtlinie soll im Juni vom EP formell angenommen werden.



## **RAT NIMMT LEITLINIEN FÜR FRONTEX-MASSNAHMEN AN DEN SEE- GRENZEN AN**

Der Rat hat einen Beschluss zur Ergänzung des Schengener Grenzkodex angenommen, der Leitlinien für die Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen der von der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX koordinierten operativen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten festlegt (veröffentlicht im EU-Amtsblatt L 111 vom 04.05.2010, S. 20). Damit soll gewährleistet werden, dass internationale Regeln bei von FRONTEX koordinierten Einsätzen unabhängig vom rechtlichen Status des Gewässers einheitlich angewandt werden.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

## **EUROPÄISCHE ERMITTLUNGSANORDNUNG VORGESTELLT**

Belgien hat Ende April zusammen mit sechs weiteren Mitgliedstaaten (darunter Österreich) einen Entwurf der „Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung“ vorgelegt. Diese soll für fast alle Ermittlungsmaßnahmen gelten (Art. 2). Sie wird vom Anordnungsstaat zur Durchführung einer oder mehrerer spezifischer strafprozessualer Ermittlungsmaßnahme(n) im Vollstreckungsstaat im Hinblick auf die Erhebung von Beweismitteln erlassen.

## **EXPERTENGRUPPE ZUM GEMEINSAMEN REFERENZRAHMEN**

Mit Beschluss vom 26.04.2010 hat die Kommission eine Expertengruppe für einen gemeinsamen Referenzrahmen im Bereich des Europäischen Vertragsrechts eingesetzt. Diese soll innerhalb von 12 Monaten aus dem vorliegenden „Wissenschaftlichen Gemeinsamen Referenzrahmen“ einen gesetzgebungstauglichen Vorschlag erarbeiten.

## **EUROPÄISCHE VERBRAUCHERZENTRALEN HELFEN VON DER VUL- KANASCHE BETROFFENEN FLUGPASSAGIEREN**

Das Netz der Europäischen Verbraucherzentren, das von der Kommission unterstützt wird und in allen EU-Staaten sowie in Island und Norwegen präsent ist, möchte den von der Vulkanasche betroffenen Flugpassagiere bei der Durchsetzung ihrer Rechte helfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/492&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **EUGH: EHEGATTEN VON TERRORVERDÄCHTIGEN KÖNNEN SOZIALLEISTUNGEN BEZIEHEN**

Der Europäische Gerichtshof hat am 29.04.2010 (Az. C-340/08) entschieden, dass Sozialleistungen an Ehegatten von Terrorverdächtigen ausgezahlt werden können, da die einschlägige EU-Verordnung hierfür keine Anwendung finde.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-04/cp100041de.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **FRÜHJAHRSPROGNOSE DER EU-KOMMISSION ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER EU IN DEN JAHREN 2010 UND 2011**

Nach der von der EU-Kommission am 05.05.2010 veröffentlichten Frühjahrsprognose wird die EU-Wirtschaft 2010 um 1 % und 2011 um 1,7 % wachsen (Deutschland: 1,2 % bzw. 1,6 %). Das öffentliche Defizit in der EU wird 2010 auf 7,2 % des BIP steigen und 2011 wieder leicht auf 6,5 % zurückgehen. Die größten Defizite werden Großbritannien (12 %), Irland (11,7 %), Spanien (9,8 %) und Griechenland (9,3 %) haben. Das öffentliche Defizit Deutschlands wird im Jahr 2010 5 % des BIP betragen (2011: 4,7 %). Die öffentlichen Schulden in der EU dürften von 79,6 % des BIP in 2010 auf 83,8 % in 2011 steigen. Die höchsten Schuldenstände haben im Jahr 2010 Griechenland (124,9 % des BIP) und Italien (118,2 % des BIP). Die Verschuldung Deutschlands wird bis 2011 auf rund 80 % des BIP steigen (zum Vergleich 2008: 66 % des BIP).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/495&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **AKTIVIERUNG DES HILFSMECHANISMUS FÜR GRIECHENLAND**

Die Eurogruppe hat am 02.05.2010 im Einklang mit der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) festgestellt, dass Griechenland keinen ausreichenden Zugang zum Markt mehr hat. Die Mitgliedstaaten der Eurogruppe haben sich daher darauf geeinigt, den am 11.04.2010 beschlossenen Hilfsmechanismus für Griechenland zu aktivieren. Auf einem Sondergipfel am 07.05.2010 haben die Staats- und Regierungschefs des Euroraumes das Unterstützungspaket für Griechenland gebilligt. Das Hilfsprogramm für Griechenland umfasst in den nächsten drei Jahren insgesamt bis zu 110 Mrd. €.



Darin sind Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 30 Mrd. € enthalten. Die restlichen 80 Mrd. €, davon bis zu 30 Mrd. € im ersten Jahr, werden Griechenland in Form von bilateralen Darlehen von den anderen 15 Mitgliedstaaten des Euroraumes zur Verfügung gestellt. Der deutsche Anteil beträgt bei Teilnahme aller Eurogruppenstaaten (außer Griechenland) rund 22,4 Mrd. Euro, davon bis zu 8,4 Mrd. Euro im ersten Jahr.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/100502-%20Eurogroup\\_statement.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/100502-%20Eurogroup_statement.pdf)

[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-05-08-eurozonen-erklaerung,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-05-08-eurozonen-erklaerung,property=publicationFile.pdf)

### **EINRICHTUNG EINES EUROPÄISCHEN FINANZSTABILISIERUNGSMECHANISMUS**

Am 09.05.2010 hat der ECOFIN-Rat über das Hilfspaket für Griechenland hinaus ein umfassendes Paket mit Maßnahmen zur Wahrung der Finanzstabilität in Europa beschlossen. Zentrale Maßnahme ist die Einrichtung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus mit einem Gesamtvolumen von bis zu 500 Mrd. €. Zusätzlich wird der IWF mindestens die Hälfte dieses EU-Beitrags, also 250 Mrd. €, durch seine üblichen Fazilitäten bereitstellen. Insgesamt stehen also 750 Mrd. € für die Stabilisierung des Euroraumes zur Verfügung. Von den 500 Mrd. € entfallen 60 Mrd. € auf Kredite, die von der EU-Kommission - in Anlehnung an das bereits bestehende Instrument der Zahlungsbilanzhilfen für Nicht-Euro-Mitgliedstaaten - ausgereicht werden können. In Ergänzung dazu gründen die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes für drei Jahre eine Zweckgesellschaft, für die die teilnehmenden Mitgliedstaaten unter Beachtung ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften anteilig bis zu einem Volumen von 440 Mrd. € bürgen. Für Deutschland ergibt sich ein Garantievolumen von bis zu 123 Mrd. €, das bei unvorhergesehenem und unabweisbarem Bedarf ggf. um 20 % überschritten werden kann.

[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-05-08-eurozonen-erklaerung,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-05-08-eurozonen-erklaerung,property=publicationFile.pdf)

[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2010/2010-05-10-beschluesse-eurolaender-finanzminister,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-05-10-beschluesse-eurolaender-finanzminister,property=publicationFile.pdf)



## **MITTEILUNG DER EU-KOMMISSION ZUR STÄRKEREN WIRTSCHAFTS- POLITISCHEN KOORDINIERUNG**

Die EU-Kommission hat am 12.05.2010 die Mitteilung zur stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung veröffentlicht. Wesentliche Bausteine der wirtschaftspolitischen Koordinierung sind die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und eine intensivere fiskalpolitische Koordination, die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung eines „Europäischen Semesters“ im Bereich der Haushaltspolitik und die mittel- bis langfristige Schaffung eines permanenten Krisenbewältigungsmechanismus. Im Rahmen des „Europäischen Semesters“ soll der Europäische Rat bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt im Jahr die zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der EU und des Euroraums identifizieren und eine erste strategische Orientierung geben. Auf dieser Grundlage sollen die Mitgliedstaaten – unter Einbindung der nationalen Parlamente - bereits im ersten halben Jahr ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme erstellen und gleichzeitig mit den nationalen Reformprogrammen vorlegen. Auf diese Weise kann der Rat auf der Grundlage einer Bewertung der Kommission die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu einem Zeitpunkt bewerten, zu dem die zentralen haushaltspolitischen Entscheidungen auf nationaler Ebene noch in der Vorbereitungsphase sind.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/euro/documents/2010-05-12-com\(2010\)250\\_final.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/documents/2010-05-12-com(2010)250_final.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/561>

## **KONVERGENZBERICHT 2010: VORSCHLAG DER EU-KOMMISSION FÜR DIE EURO-EINFÜHRUNG IN ESTLAND AB 01.01.2011**

Die EU-Kommission hat am 12.05.2010 den Konvergenzbericht 2010 vorgelegt. Mit dem Konvergenzbericht werden im zweijährigen Turnus die Fortschritte der Nicht-Euro-Mitgliedstaaten bei den Kriterien für die Einführung des Euro bewertet. Die EU-Kommission sieht im Falle Estlands die Voraussetzungen für die Einführung des Euro als erfüllt an und hat daher dem Rat einen Vorschlag zur Einführung des Euro in Estland ab 01.01.2011 unterbreitet.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/eu\\_economic\\_situation/2010-05-12-convergence\\_report\\_2010\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/2010-05-12-convergence_report_2010_en.htm)





### **DEFIZITVERFAHREN: KOMMISSION NIMMT BERICHTE FÜR BULGARIEN, ZYPERN, DÄNEMARK, FINNLAND UND LUXEMBURG AN**

Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt muss die Kommission einen Bericht erstellen, wenn das tatsächliche oder das geplante Defizit eines Mitgliedstaats den Referenzwert von 3 % des BIP übersteigt. Die EU-Kommission hat am 12.05.2010 im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts Berichte für Bulgarien, Zypern, Dänemark, Finnland und Luxemburg angenommen. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass nur im Fall von Luxemburg das Defizitkriterium nicht verletzt ist. Gegen Bulgarien, Zypern, Dänemark und Finnland könnten daher im weiteren Verfahren Defizitverfahren eingeleitet werden. Zunächst aber gibt der Wirtschafts- und Finanzausschuss eine Stellungnahme zu den Berichten ab. Im Anschluss gibt die Kommission eine Stellungnahme über das Bestehen eines übermäßigen Defizits ab und beschließt, ob sie dem Rat die Feststellung eines übermäßigen Defizits und eine Frist für dessen Korrektur empfehlen soll. Derzeit laufen bereits 20 Defizitverfahren, darunter gegen Deutschland.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/563&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION PRÜFT STABILITÄTSPROGRAMM ZYPERNS**

Die Kommission hat am 12.05.2010 die jüngste Aktualisierung des Stabilitätsprogramms Zyperns geprüft. Zypern strebt – vor allem durch Maßnahmen auf der Einnahmeseite - die Senkung des Defizits auf unter 3 % des BIP bis 2013 an. Da dem Programm eher optimistische makroökonomische Annahmen zugrunde liegen, wird Zypern zu einer stärker ausgabenorientierten Konsolidierungsstrategie und Eindämmung der Ausgaben im Renten- und Gesundheitsbereich aufgefordert. Dabei handelt es sich lediglich um einen Vorschlag der Kommission. Die Entscheidung über die Stellungnahmen zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen trifft letztlich der ECOFIN-Rat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/564&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **FINANZAUF SICHTSPAKET: ABSTIMMUNG IM ECON-AUSSCHUSS**

Der ECON-Ausschuss des EP hat am 10.05.2010 über das Finanzmarktaufsichtspaket abgestimmt und sich - im Vergleich zum Vorschlag der Kommission und der allgemeinen Ausrichtung des ECOFIN-Rates von Ende letzten Jah-



res (siehe EB 21/2009) – insbesondere für weitgehendere Kompetenzen der europäischen Aufsichtsbehörden ausgesprochen. So sollen z. B. systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute direkt der europäischen Aufsicht unterstehen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden sollen die europäischen Aufsichtsbehörden bindende Weisungen erteilen können. Zudem wollen die Abgeordneten die Möglichkeit der Mitgliedstaaten beschränken, die Umsetzung von Entscheidungen der EU-Aufsichtsbehörden mit dem Hinweis auf mögliche Haushaltsprobleme zu vermeiden. In den nächsten Wochen stehen intensive Verhandlungen zwischen EU-Parlament und Rat an. Die Position des Parlaments dürfte etlichen Mitgliedstaaten zu weit gehen, so dass eine Einigung mit dem Rat schwierig werden dürfte. Die Abstimmung im EP-Plenum ist für den 15.06.2010 geplant.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/042-74361-130-05-20-907-20100510IPR74360-10-05-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-74361-130-05-20-907-20100510IPR74360-10-05-2010-2010-false/default_de.htm)

### **MONTI ÜBERGIBT BERICHT ZUR ZUKUNFT DES EU-BINNENMARKTES AN BARROSO**

Der ehemalige italienische Binnenmarktkommissar, *Prof. Mario Monti*, hat am 10.05.2010 seinen Bericht über die Zukunft des EU-Binnenmarktes an Kommissionspräsident *Barroso* übergeben. Im Oktober 2009 hatte *Barroso Monti* beauftragt, Empfehlungen für die Neubelebung des EU-Binnenmarktes als strategischem Schlüsselziel der neuen Kommission zu erarbeiten. Der Bericht identifiziert Probleme des Binnenmarktes (z. B. die noch mangelhafte soziale Ausprägung oder der Rückfall in Protektionismus aufgrund der Wirtschaftskrise) und macht Vorschläge, wie ein stärkerer Binnenmarkt aussehen könnte. Der Bericht soll eine wichtige Grundlage für die Vorschläge der Kommission zum neuen Binnenmarkt sein, die sie im Juli 2010 vorlegen wird.

[http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti\\_report\\_final\\_10\\_05\\_2010\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti_report_final_10_05_2010_de.pdf)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER BESEITIGUNG VON STEUERHINDERNISSEN FÜR GRENZÜBERSCHREITENDE RISIKOKAPITALINVESTITIONEN**

Die Europäische Kommission hat am 30.04.2010 einen Bericht veröffentlicht, in dem die Probleme der Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Risikokapitalinvestitionen und entsprechende Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Der Bericht erläutert die Ergebnisse und Empfehlungen einer unab-



hängigen Gruppe von EU-Steuerexperten, die von der Kommission mit der Prüfung beauftragt wurde, wie die steuerlichen Haupthindernisse für grenzüberschreitende Risikokapitalinvestitionen beseitigt werden können.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/company\\_tax/initiatives\\_small\\_business/venture\\_capital/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/company_tax/initiatives_small_business/venture_capital/index_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **AUSSERORDENTLICHE TAGUNG DES VERKEHRSMINISTERRATES AM 04.05.2010**

Auf ihrer außerordentlichen Tagung am 04.05.2010 diskutierten die Verkehrsminister auf der Grundlage des Berichts der Kommission vom 27.04.2010 (s. EB 08/2010) die Auswirkungen der Vulkanaschewolke im europäischen Luftraum und mögliche Folgemaßnahmen. In den Schlussfolgerungen beschloss die Minister einstimmig, bis zum ordentlichen Verkehrsministerrat im Juni 2010 verbindliche Grenzwerte und Berechnungsmethoden für Vulkanasche festzulegen. Für eine bessere Kooperation beim Luftverkehrsmanagement soll noch vor Ende 2010 ein europäischer Netzwerkmanager für die Luftverkehrsbranche ernannt werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/114175.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114175.pdf)

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR STÄRKEREN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN KOORDINIERUNG**

Die EU-Kommission hat am 12.05.2010 die Mitteilung zur stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung veröffentlicht. Wesentliche Bausteine der wirtschaftspolitischen Koordinierung sind die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und eine intensivere fiskalpolitische Koordination, die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung eines „Europäischen Semesters“ im Bereich der Haushaltspolitik und die mittel- bis langfristige Schaffung eines permanenten Krisenbewältigungsmechanismus. Im Rahmen des „Europäischen Semesters“ soll der Europäische Rat bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt im Jahr die zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen der EU und des Euroraums identifizieren und eine erste strategische Orientierung geben. Auf



dieser Grundlage sollen die Mitgliedstaaten – unter Einbindung der nationalen Parlamente - bereits im ersten halben Jahr ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme erstellen und gleichzeitig mit den nationalen Reformprogrammen vorlegen. Auf diese Weise kann der Rat auf der Grundlage einer Bewertung der Kommission die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu einem Zeitpunkt bewerten, zu dem die zentralen haushaltspolitischen Entscheidungen auf nationaler Ebene noch in der Vorbereitungsphase sind (siehe hierzu auch Beitrag des StMF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/euro/documents/2010-05-12-com\(2010\)250\\_final.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/documents/2010-05-12-com(2010)250_final.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/561>

### **MONTI ÜBERGIBT BERICHT ZUR ZUKUNFT DES EU-BINNENMARKTES AN BARROSO**

Der ehemalige italienische Binnenmarktkommissar, *Prof. Mario Monti*, hat am 10.05.2010 seinen Bericht über die Zukunft des EU-Binnenmarktes an Kommissionspräsident *Barroso* übergeben. Im Oktober 2009 hatte *Barroso Monti* beauftragt, Empfehlungen für die Neubelebung des EU-Binnenmarktes als strategischem Schlüsselziel der neuen Kommission zu erarbeiten. In seinem 107-seitigen Bericht untersucht *Monti* den Stand der Umsetzung des Binnenmarktes und identifiziert Probleme (z. B. die noch mangelhafte soziale Ausprägung oder der Rückfall in Protektionismus aufgrund der Wirtschaftskrise). Darauf aufbauend macht er Vorschläge, wie ein stärkerer Binnenmarkt aussehen könnte, wie bei der Bevölkerung, Unternehmern und Politikern, Konsens für einen notwendigen starken Binnenmarkt geschaffen und dies dann konsequent umgesetzt werden könnte. Der Bericht soll eine wichtige Grundlage für die Vorschläge der Kommission zum neuen Binnenmarkt sein, die sie im Juli 2010 vorlegen wird.

[http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti\\_report\\_final\\_10\\_05\\_2010\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti_report_final_10_05_2010_de.pdf)

### **ABGEORDNETE STIMMEN FÜR VERSCHÄRFUNG DES FINANZMARKT-AUFSICHTSPAKETS**

Die Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europäischen Parlament haben am 10.05.2010 das sog. „Finanzmarktaufsichtspaket“ mit schärferen Regeln versehen. Die Abgeordneten sind der Auffassung, dass die EU-Aufsicht stärkere Kompetenzen haben müsse als von Kommission und



Rat vorgesehen, um künftig schneller und einheitlich reagieren zu können.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/042-74361-130-05-20-907-20100510IPR74360-10-05-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-74361-130-05-20-907-20100510IPR74360-10-05-2010-2010-false/default_de.htm)

### **RAT VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZU INTELLIGENTEN VERKEHRSSYSTEMEN**

Der Rat hat am 10.05.2010 die Richtlinie zu intelligenten Verkehrssystemen verabschiedet. Das EP muss die Richtlinie nun noch formell in zweiter Lesung verabschieden. Diese ist für Juni 2010 vorgesehen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/114341.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114341.pdf)

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT, DASS MITGLIEDSTAATEN KOSTEN FÜR SICHERHEITSMASSNAHMEN AN FLUGHÄFEN TRAGEN**

In der ersten Lesung haben sich die Abgeordneten des EP am 05.05.2010 dafür ausgesprochen, dass für Sicherheitsmaßnahmen an Flughäfen, die über die in der EU allgemein geltenden Forderungen hinausgehen (z. B. künftig Körperscanner), die Mitgliedstaaten und nicht die Fluglinien oder Passagiere aufkommen sollen. Da die Mitgliedstaaten sich gegen eine öffentliche Finanzierung der Sicherheitskosten aussprechen, wird eine zweite Lesung wahrscheinlich.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/062-74096-125-05-19-910-20100504IPR74095-05-05-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-74096-125-05-19-910-20100504IPR74095-05-05-2010-2010-false/default_de.htm)

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DES TRANS-EUROPÄISCHEN VERKEHRSNETZES**

Die EU-Kommission hat am 04.05.2010 eine öffentliche Konsultation zur Zukunft des europäischen Verkehrsnetzwerkes gestartet. Hierzu hat sie ein Arbeitsdokument verabschiedet, das Planungsgrundsätze für ein transeuropäisches Kernverkehrsnetz vorschlägt. Das Dokument basiert auf dem Grünbuch von 2009 und greift die Vorschläge der entsprechenden öffentlichen Konsultation sowie der Arbeit von sechs Expertengruppen auf. Anlässlich der sog. „TEN-T-Days“, die am 08. und 09.06.2010 in Saragossa/Spanien stattfinden, soll die Methodologie von EU-Verkehrsministern, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und interessierten Kreisen diskutiert werden. Die neuen TEN-T-Leitlinien sollen im Frühjahr 2011 vorgestellt werden. Stellungnahmen



zur Konsultation können bis zum 15.09.2010 eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/tent\\_policy\\_review/latest\\_news\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/tent_policy_review/latest_news_en.htm)

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET SCHNELLERE FÖRDERMÖGLICHKEITEN FÜR STRUKTURFONDSPROJEKTE**

Das EP hat am 05.05.2010 vereinfachte Verfahrensregeln für Projekte in Rumänien, Ungarn, Lettland, Litauen und Estland verabschiedet. Damit soll den Mitgliedstaaten und Regionen geholfen werden, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise am stärksten betroffen sind.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/059-74104-125-05-19-910-20100504IPR74101-05-05-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/059-74104-125-05-19-910-20100504IPR74101-05-05-2010-2010-false/default_de.htm)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ENTWÜRFE ZWEIER VERORDNUNGEN FÜR DIE PRÜFUNG VON KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN WETTBEWERBERN**

Die EU-Kommission hat am 04.05.2010 die Entwürfe zweier Verordnungen und dazugehörigen Leitlinien für die Prüfung von Kooperationsvereinbarungen zwischen Wettbewerbern – sog. „horizontalen Vereinbarungen“ – veröffentlicht. Interessierte können im Rahmen einer öffentlichen Konsultation bis zum 25.06.2010 hierzu Stellung beziehen. Nach Abschluss der Konsultation wird die Kommission die endgültigen Fassungen Ende 2010 verabschieden.

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2010\\_horizontals/index.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2010_horizontals/index.html)

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER BESEITIGUNG VON STEUERHINDERNISSEN FÜR GRENZÜBERSCHREITENDE RISIKOKAPITALINVESTITIONEN**

Die EU-Kommission hat am 30.04.2010 einen Bericht veröffentlicht, in dem die Probleme der Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Risikokapitalinvestitionen und entsprechende Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/company\\_tax/initiatives\\_small\\_business/venture\\_capital/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/company_tax/initiatives_small_business/venture_capital/index_en.htm)

### **JOHN MOGG SOLL NEUE AGENTUR FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT DER NATIONALEN ENERGIEREGULIERUNGSBEHÖRDEN (ACER) LEITEN**

Die neue EU-Agentur für die Zusammenarbeit der nationalen Energieregulie-



rungsbehörden hat bei ihrer konstituierenden Sitzung am 06.05.2010 Lord *Mogg*, den Leiter der britischen Regulierungsbehörde Ofgem, zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. *Mogg* ist derzeit auch Vorsitzender der Gruppe der europäischen Regulierer ERGEG.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN IN DER LANDWIRTSCHAFT IN DER EU UM 25 % ZWISCHEN 2000 UND 2009 GESUNKEN, REALES EINKOMMEN JE ARBEITSKRAFT UM 5 % GESTIEGEN**

In der EU nahm im Zeitraum von 2000-2009 die Beschäftigung in der Landwirtschaft um 25 % ab, dies entspricht einem Verlust von 3,7 Mio. Vollzeitarbeitsplätzen. Am stärksten betroffen sind dabei die zwölf neuen Mitgliedstaaten, insbesondere Estland (-55 %), Bulgari-en (-48 %) und die Slowakei (-43 %). Dies belegen Zahlen, die von EUROSTAT am 07.05.2010 vorgelegt wurden. Gleichzeitig stieg das reale landwirtschaftliche Einkommen in der EU durchschnittlich um 5 % zwischen 2000 und 2009. Besonders profitierten die Arbeitnehmer in den neuen EU-Mitgliedstaaten (+61 %), während das Einkommen in den EU-15 um 10 % zurückgegangen ist. In Deutschland ist die Beschäftigung zwischen 2000 und 2009 um 21,7 % gesunken. Das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft sank von 2008 auf 2009 deutlich um 21 %, während in der EU das Einkommen durchschnittlich um 11,6 % zurückgegangen ist. Die Krise trifft damit Deutschland besonders schwer.

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/5-07052010-AP/DE/5-07052010-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/5-07052010-AP/DE/5-07052010-AP-DE.PDF)

### **HALLERTAUER HOPFEN EUROPaweIT GESCHÜTZT**

Seit dem 07.05.2010 ist Hallertauer Hopfen europaweit geschützt und als geografische Angabe „Hopfen aus der Hallertau“ in das europäische Register regionaltypischer Spezialitäten aufgenommen. Künftig darf damit nur Hopfen aus der weltgrößten Anbauregion Hallertau so bezeichnet werden.

### **VERANSTALTUNG IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG „MILCHPOLITIK: NACH DER KRISE IST VOR DER KRISE“ MIT STAATSMINISTER HELMUT BUNNER**

Auf eine außergewöhnlich starke Resonanz bei den Experten der europäi-



schen Institutionen und Verbände stieß die Veranstaltung in der Bayerischen Vertretung „Milchpolitik: Nach der Krise ist vor der Krise“, zu der Staatsminister *Helmut Brunner* gemeinsam mit dem Milchindustrie-Verband e.V. (MIV) geladen hatte. Vor den Gästen, darunter zahlreiche Abgeordnete des Europäischen Parlaments, forderte Staatsminister *Brunner* auch in Zukunft ein Sicherheitsnetz für den Milchmarkt. Die Milchkrise habe deutlich gezeigt, dass auch liberalisierte Märkte klare Regeln brauchen. Für Dr. *Seegers* vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist die Milchkrise überwunden. Generaldirektor *Versteijlen* (GD AGRI) betonte, dass die vergangenen Reformen die Milcherzeuger wettbewerbsfähiger gemacht haben. Der Vorsitzende des MIV, Dr. *Engel*, stellte eine Erholung des Milchmarktes fest und forderte die Beibehaltung der Exporterstattungen.

#### **INFORMATIONSTREISE DES AUSSCHUSSES FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN IM BAYERISCHEN LANDTAG NACH BRÜSSEL**

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bayerischen Landtag informierte sich vom 10.-12.05.2010 in Brüssel über aktuelle agrarpolitische Themen. Im Mittelpunkt der Reise standen Gespräche mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Vertretern der Europäischen Kommission, insbesondere der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Vertretern des Europäischen Rates und der Verbände.

#### **EUROPÄISCHES PARLAMENT NIMMT BERICHT ZUR LANDWIRTSCHAFT IN GEBIETEN MIT NATURBEDINGTEN NACHTEILEN AN**

Die Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) zur Abgrenzung von Gebieten mit naturbedingten Nachteilen wurde am 05.05.2010 vom Plenum angenommen. Die von der Kommission vorgeschlagenen acht Kriterien zur Abgrenzung werden dabei als nicht ausreichend erachtet. Sozioökonomische Kriterien wie z.B. Entfernung von Absatzmärkten, Mangel an Dienstleistungen und Entvölkerung seien zu berücksichtigen. Die Zahlungen für benachteiligte Gebiete sollen an eine aktive Bewirtschaftung (Erzeugung von Nahrungsmitteln) gebunden werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0132&language=DE&ring=A7-2010-0056>





## **EUROPÄISCHES PARLAMENT NIMMT ENTSCHEIDUNG ZU LANDWIRTSCHAFT UND KLIMA-WANDEL AN**

Am 06.05.2010 hat das EP-Plenum eine Entschließung zu Landwirtschaft und Klimawandel angenommen. Die Landwirtschaft kann laut Bericht Lösungen zur Begrenzung und Senkung der Treibhausgasemissionen bieten. Der ökologische Landbau, die extensive Beweidung und die Praktiken der integrierten Erzeugung sollen gefördert, aber andere Praktiken nicht vernachlässigt werden. Die EU soll zudem gemäß der Entschließung bei Umweltstandards führend werden. Die Effizienz der Landwirtschaft und ihr Potential zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen sowie auch der Kohlenstoffsequestrierung sollen, z.B. durch Anbaumethoden, Wiederaufforstung, Modernisierung und den Anbau von holz- und krautartiger Energiepflanzen, verbessert werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0131&language=DE&ring=A7-2010-0060>

## **AUSSCHREIBUNG FÜR STUDIE ÜBER DEN BEITRAG DER MASSNAHMEN DER GAP ZU BIODIVERSITÄT UND LEBENSRAUMERHALTUNG**

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung für eine Studie zur „Erhaltung der biologischen Vielfalt und der natürlichen Lebensräume durch unter der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angewandte Maßnahmen“ gestartet. Ziel der Studie ist es, Maßnahmen im Rahmen der GAP im Hinblick auf ihren Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität und Lebensräume zu identifizieren und zu bewerten. Das maximale Budget für dieses Projekt beträgt 300.000 €. Stichtag für die Einreichung von Vorschlägen ist der 06.08.2010.

[http://ec.europa.eu/dgs/agriculture/tenderdocs/2010/134095/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/agriculture/tenderdocs/2010/134095/index_en.htm)

## **BODEN- UND KLIMASCHUTZ - WEISSBUCH „ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL“**

Am 06.05.2010 hat das EP-Plenum im Rahmen seiner Entschließung zum Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“ erstmals seine Position zur umstrittenen Bodenschutzrahmenrichtlinie (BRRL) grundlegend geändert. Während im Zusammenhang mit der BRRL bislang stets eine europäische Lösung angemahnt wurde und die Mitgliedstaaten folglich aufgefordert wurden, dem auf Ratsebene blockierten Kommissionsvorschlag zuzustimmen, verwiesen die Abgeordneten in ihrer Resolution nun explizit auf das Subsidiaritätsprinzip. Die Fortschritte der Kommission bei der



Umsetzung des Weißbuchs sollen dem EP bis 2012 berichtet werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0154+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **MADEIRA ERSTE OFFIZIELL GENEHMIGTE GVO-FREIE REGION IN DER EU**

Seit dem 04.05.2010 ist die portugiesische Atlantikinsel Madeira die erste EU-Region in der ein Anbauverbot von genetisch veränderten Organismen (GVO) seitens der Kommission offiziell genehmigt ist (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

### **UMWELTAUSSCHUSS DES EP VOTIERT GEGEN „KLONFLEISCH“**

Der Umwelt- und Gesundheitsausschuss des EP (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 04.05.2010 in zweiter Lesung über die Revision der Verordnung über neuartige Lebensmittel („novel food“) abgestimmt und sich mit großer Mehrheit gegen das Klonen von Tieren für die Lebensmittelproduktion sowie das Inverkehrbringen von Lebensmitteln von geklonten Tieren und ihren Nachkommen und folglich gegen deren Einbeziehung in den Anwendungsbereich der Verordnung ausgesprochen. Damit haben die Abgeordneten ihre Gegenposition zu Kommission und Rat bekräftigt. Im hier einschlägigen ordentlichen Gesetzgebungsverfahren müssen sich die drei Institutionen auf einen gemeinsamen Text einigen. Im nächsten Schritt wird das EP-Plenum im Juli über das Dossier abstimmen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5583302>

### **RAT ERZIELT POLITISCHE EINIGUNG BEI VERSUCHSTIERRICHTLINIE**

Am 11.05.2010 hat sich der Rat politisch über den Entwurf der Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere geeinigt, mit dem Ziel, den Tierschutz zu verbessern und gleichzeitig einheitliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Forschung in der EU zu schaffen. Die neuen Vorschriften sollen die Richtlinie 86/609/EWG u.a. aufgrund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Schmerzempfinden von Tieren ersetzen und die Entwicklung und Umsetzung alternativer Methoden zu Tierversuchen verstärkt fördern. Deutschland hatte sich der Stimme im Rat enthalten, da sein Anliegen für eine Klarstellung bei den Ausnahmetatbeständen zu dem Verbot



von Versuchen mit Menschenaffen von der spanischen Ratspräsidentschaft und der Kommission nicht aufgegriffen worden war. Im nächsten Schritt wird der Rat seinen Standpunkt formell auf einer der nächsten Sitzungen – voraussichtlich Mitte Juni – annehmen, nachdem der Gesetzestext finalisiert worden ist. Im Anschluss daran wird das EP das Dossier in zweiter Lesung beraten (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/14370.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/14370.pdf)

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT IM WESENTLICHEN ZUFRIEDEN MIT DURCHFÜHRUNG DES TIERSCHUTZAKTIONSPLANS 2006-2010**

Die EP-Abgeordneten stellen in ihrer Entschließung vom 05.05.2010 fest, dass die Maßnahmen des Aktionsplans im Wesentlichen zufriedenstellend durchgeführt worden sind. Gleichzeitig sei jedoch noch Spielraum für Verbesserungen des Tierschutzes in der EU. Insbesondere sei es auf Seiten der Kommission und der EU-Mitgliedstaaten notwendig, die Umsetzung der bereits bestehenden Vorschriften, z.B. für Legehennen, Schweine und Tiertransporte, zu verbessern, bevor neue Regelungen erlassen werden. In diesem Zusammenhang seien auch wirksame Sanktionen in allen EU-Mitgliedstaaten für den Fall der Nichteinhaltung bedeutsam (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0130&language=DE&ring=A7-2010-0053>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **TAGUNG DES BAYERISCHEN MINISTERRATES AM 11.05.2010: BESEITIGUNG DER LOHNUNTERSCHIEDE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN**

Mit Blick auf die europäische Gleichstellungspolitik hat die bayerische Familienministerin *Christine Haderthauer* gefordert, dass die Gleichstellung der Geschlechter vorankommen müsse. Insbesondere müssten die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern beseitigt werden. Es dürfe nicht angehen, dass Frauen europaweit immer noch 18 % und in Deutschland 23 % weniger verdienten als Männer. Der Europäischen Kommission schlug sie vor, ein europäisches Durchschnittsziel, etwa 15 %, festzusetzen. Dieses würde bewirken, dass alle Mitgliedstaaten zu stärkeren Anstrengungen verpflichtet würden,



aber bei der Festlegung des nationalen Ziels und der Wahl der Mittel frei wären.

<http://www.bayern.de>

### **NEUE REGELUNGEN ZUR KOORDINIERUNG DER SOZIALSYSTEME IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Neue Regelungen zur Koordinierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, um die Sozialversicherungsansprüche der Personen zu schützen, die innerhalb der EU zu- und abwandern, gelten seit 1. Mai 2010 mit der Verordnung (EG) 883/2004. Damit wird die bisherige Verordnung (EWG) 1408/71 abgelöst. Besonders in den Bereichen Familienleistungen sowie Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung soll es im Rahmen der so genannten „Wanderarbeitnehmerverordnung“ erleichtert werden, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Mit der Verordnung sollen die Verpflichtungen zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gestärkt werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=849>

### **EU-KOMMISSION: KLAGE GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN BESTIMMTER VORSCHRIFTEN ZUR GEWÄHRUNG VON LEISTUNGEN AN BLINDE**

Die EU-Kommission hat beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage gegen Deutschland erhoben wegen bestimmter Vorschriften zur Gewährung von Leistungen an Blinde. Die Kommission stellt fest, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Verpflichtungen bzgl. der Freizügigkeit von Arbeitnehmern sowie der Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit entsprechend der Verordnung (EWG) 1408/71 verstoßen hat, indem sie die Gewährung von Leistungen an Blinde nach landesrechtlichen Vorschriften vom Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im betreffenden Bundesland abhängig macht.

### **EP: AUSSCHUSS FÜR DIE RECHTE DER FRAU NIMMT EMPFEHLUNGEN FÜR ZWEITE LESUNG ZUR REVISION DER „SELBSTÄNDIGEN-RICHTLINIE“ AN**

Der EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat am 04.05.2010 mit 29:1:1 Stimmen die Empfehlungen der luxemburgischen Berichterstatterin *Astrid Lulling* (EVP) für die zweite Lesung bzgl. der Revision der so genannten „Selbständigen-Richtlinie“ angenommen.



Mit der „Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben“ soll u.a. die Möglichkeit des Erhalts von Mutterschaftsleistungen für selbständig erwerbstätige Frauen sowie Ehepartnerinnen und Lebenspartner gewährleistet werden. Die Plenarabstimmung findet voraussichtlich am 18.05.2010 in Straßburg statt. Die Kommission hatte ihre Vorschläge zur Novellierung der bestehenden Richtlinie 86/613/EWG im Rahmen des „Vereinbarkeitspakets“ im Oktober 2008 vorgestellt.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/014-74091-124-05-19-902-20100504IPR74087-04-05-2010-2010-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-74091-124-05-19-902-20100504IPR74087-04-05-2010-2010-false/default_de.htm)

#### **EU-KOMMISSION LEGT AKTIONSPLAN FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE VOR**

Die Kommission hat eine Mitteilung „Aktionsplan für unbegleitete Minderjährige (2010-2014)“ vorgelegt und zu verstärktem Schutz der Betroffenen aufgerufen (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://eur->

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0213:FIN:DE:PDF](http://lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0213:FIN:DE:PDF)

#### **MONTI ÜBERGIBT BERICHT ZUR ZUKUNFT DES EU-BINNENMARKTES AN BARROSO**

Der ehemalige italienische Binnenmarktkommissar, *Prof. Mario Monti*, hat am 10.05.2010 seinen Bericht über die Zukunft des EU-Binnenmarktes an Kommissionspräsident *Barroso* übergeben. Im Oktober 2009 hatte *Barroso Monti* beauftragt, Empfehlungen für die Neubelebung des EU-Binnenmarktes als strategisches Schlüsselziel der neuen Kommission zu erarbeiten. In seinem 107-seitigen Bericht untersucht *Monti* den Stand der Umsetzung des Binnenmarktes und identifiziert Probleme (z.B. die noch mangelhafte soziale Ausprägung oder der Rückfall in Protektionismus aufgrund der Wirtschaftskrise). Darauf aufbauend macht er Vorschläge, wie ein stärkerer Binnenmarkt aussehen könnte, wie bei der Bevölkerung, Unternehmern und Politikern Konsens für einen notwendigen starken Binnenmarkt geschaffen und dies dann konsequent umgesetzt werden könnte. Der Bericht soll eine wichtige Grundlage für die Vorschläge der Kommission zum neuen Binnenmarkt sein, die sie im Juli 2010



vorlegen wird (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti\\_report\\_final\\_10\\_05\\_2010\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti_report_final_10_05_2010_de.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

#### **ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 11.05.2010**

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 11.05.2010 unter spanischem Vorsitz Ratsschlussfolgerungen zur sozialen Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung, zur Internationalisierung der Hochschulbildung und zu den Fähigkeiten für das lebenslange Lernen und der Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“ angenommen. Ratsschlussfolgerungen zu den Bildungszielen in der Europa 2020-Strategie konnten nicht verabschiedet werden, da das Vereinigte Königreich infolge der laufenden Regierungsbildung gegen die Annahme entsprechender Schlussfolgerungen stimmte. Der Text, auf den sich die anderen 26 Mitgliedstaaten verständigt hatten, soll nun als Schlussfolgerungen des Vorsitzes dem Europäischen Rat für dessen Tagung im Juni 2010 zugeleitet werden. Deutschland wurde auf der Ratstagung seitens des Bundes durch den Staatssekretär im BMBF Dr. Georg Schütte, seitens der Länder durch Senator Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner vertreten.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/educ/114393.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/114393.pdf)

#### **ERGEBNISSE DES ERSTEN SPORTMINISTERRATES AM 10.05.2010**

Nachdem mit dem Vertrag von Lissabon erstmals auch der Sportbereich ausdrücklich Erwähnung in den EU-Verträgen gefunden hat, trafen sich die europäischen Sportminister am 10.05.2010 zum ersten formellen Sportministerrat in Brüssel. Viele Mitgliedstaaten begrüßten die Schaffung einer EU-Zuständigkeit für die Koordinierung der Sportpolitiken, betonten aber zugleich, dass EU-Maßnahmen im Sport einen klaren europäischen Mehrwert voraussetzen und das Subsidiaritätsprinzip sowie die spezifische Natur des Sports zu beachten haben.

#### **ERSTE AUSGABE DES EQR-NEWSLETTERS ERSCHIENEN**

Die Europäische Kommission hat die erste Ausgabe des EQR-Newsletters veröffentlicht, der Entscheidungsträger, Experten und Interessenvertreter, die



sich mit der Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) auf nationaler und europäischer Ebene befassen, über aktuelle Entwicklungen informieren soll. Interessenten können den Newsletter per E-Mail an [eac-efq-newsletter@ec.europa.eu](mailto:eac-efq-newsletter@ec.europa.eu) abonnieren.

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/efq/news1\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/efq/news1_en.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### **EU-KULTURMINISTERRAT AM 10.05.2010**

Die Rolle der Kultur in der Strategie „Europa 2020“ sowie die Verabschiedung von Schlussfolgerungen über den Beitrag der Kultur zur lokalen und regionalen Entwicklung standen im Mittelpunkt der Kulturministerratssitzung am 10.05.2010. Mit Unterstützung der überwiegenden Anzahl der anwesenden Delegationen forderten Staatsminister *Neumann* und Staatsminister Dr. *Heubisch* angesichts der Bedeutung der Kulturwirtschaft eine verstärkte Berücksichtigung der Kultur in der Strategie Europa 2020. Ferner nahm der Rat die Empfehlung über die Benennung der Städte Umea (Schweden) und Riga (Lettland) zu Kulturhauptstädten Europas im Jahr 2014 an und der Vorsitz informierte über den Sachstand zur Schaffung eines Europäischen Kulturerbe-Siegels.

[http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/GreenPaper\\_creative\\_industries\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/GreenPaper_creative_industries_de.pdf)

#### **JAN TRUSZCZYŃSKI WIRD NEUER GENERALDIREKTOR**

Seit dem 01.05.2010 steht der 59-jährige *Jan Truszczyński* der Generaldirektion Bildung und Kultur vor. Auf Einladung des deutschen Kulturausschusses diskutierte *Truszczyński* - nach einer Begrüßung und Beglückwünschung durch Staatsminister *Dr. Heubisch* - am 22.04.2010 in der Bayerischen Vertretung die Verfügbarkeit und Zukunft von Strukturfonds und die Implikationen von Kulturaspekten in die Europa 2020 Strategie. *Truszczyński* betonte die beachtlichen Erfolge von kulturpolitischen Initiativen auf der europäischen Ebene. Allerdings dringe das Potential der Kultur als Innovationskatalysator erst langsam in das öffentliche Bewusstsein. Eine Beschleunigung erhoffe er sich vom Grünbuch „Erschließung des Potentials der Kultur- und Kreativindustrien“. Schließlich lenkte *Truszczyński* das Augenmerk auf die Rolle der Kultur im Kontext sich neujustierender Außenbeziehungen der EU durch den Europäi-



schen Auswärtigen Dienst.

[http://ec.europa.eu/dgs/education\\_culture/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/index_de.htm)

### **EXPERTENGREMIUM ZUR ZWISCHENBEWERTUNG DES AKTUELLEN FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS EINGERICHTET**

Das kommissionsexterne Expertengremium zur Zwischenbewertung des laufenden 7. Forschungsrahmenprogramms ist eingerichtet. Den Vorsitz über die zehnköpfige Expertengruppe hat *Rolf Annerberg* inne, Generaldirektor des schwedischen Forschungsrates für Umwelt, Agrarwissenschaften und Landschaftsplanung, deutsches Mitglied der Gruppe ist *Hartmut Raffler*, Leiter der Abteilung Information and Communications bei Siemens Corporate Technology. Der Bericht wird in diesem Herbst erwartet, die Ergebnisse werden in die Vorarbeiten des kommenden 8. Forschungsrahmenprogramms einfließen.

[http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/fp7\\_interim\\_evaluation\\_experts\\_list.pdf](http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/fp7_interim_evaluation_experts_list.pdf)

### **KOMMISSAR GÜNTHER OETTINGER SETZT SICH FÜR ENERGIEFORSCHUNG EIN**

Energiekommissar *Günther Oettinger* warb vor dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments am 04.05.2010 für das Vorhaben eines neuen Energie-Aktionsplans und für die Energieforschung im kommenden 8. Forschungsrahmenprogramm. Als zentrale Zukunftsfrage der Energiepolitik identifizierte *Oettinger* die technischen Speichermöglichkeiten.

### **PROJEKT EUROPA 2030 – HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN**

Die auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten 2007 eingerichtete zwölköpfige sog. Reflexionsgruppe unter dem Vorsitz des früheren spanischen Ministerpräsidenten *Felipe Gonzalez* stellte ihren neun Kapitel umfassenden Bericht in Brüssel vor. Europa befinde sich am Scheideweg, insbesondere Bildung und Forschung müssen die Antworten auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen finden. Ausdrücklich wird die Schaffung von vorwettbewerblichen EU-Zentren für angewandte Forschung durch öffentlich-private Partnerschaften zwischen Ländern, Regionen und Privatwirtschaft empfohlen und neue Formen der Partnerschaft zwischen Forschern an öffentlichen Hochschulen und Forschern in der





Privatwirtschaft zur Wissensbündelung während des gesamten Forschungs- und Innovationsprozesses sowie eine Stärkung des Europäischen Forschungsrats angemahnt.

[http://www.reflectiongroup.eu/wp-content/uploads/2010/05/reflection\\_en\\_web.pdf](http://www.reflectiongroup.eu/wp-content/uploads/2010/05/reflection_en_web.pdf)

### **BAYERISCHE HOCHSCHULEN ERZIELEN 2009 EINNAHMENREKORD IM WETTBEWERB UM EUROPÄISCHE FÖRDERGELDER**

64,6 Millionen Euro warben im letzten Haushaltsjahr die bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften aus den europäischen Forschungs-, Bildungs- und Strukturfonds ein – dies ist eine Steigerung von 25 % im Vergleich zu 2008.

In den Forschungsprogrammen erwies sich das Engagement der TU München sowie der Ludwig-Maximilians-Universität München als herausragend. Die Spitzenposition in den Bildungsprogrammen belegt die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Die erfolgreichste bayerische Hochschule bei den Strukturfonds war die Universität Regensburg. Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften konnten Zuwächse bei der Forschungsförderung erzielen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **RAT ERZIELT POLITISCHE EINIGUNG BEI VERSUCHSTIER-RICHTLINIE**

Am 11.05.2010 hat sich der Rat politisch über den Entwurf der Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere geeinigt mit dem Ziel, den Tierschutz zu verbessern und gleichzeitig einheitliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Forschung in der EU zu schaffen. Im nächsten Schritt wird der Rat seinen Standpunkt formell auf einer der nächsten Sitzungen – voraussichtlich Mitte Juni – annehmen, nachdem der Gesetzestext finalisiert worden ist. Im Anschluss daran wird das Europäische Parlament das Dossier in zweiter Lesung beraten.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/14370.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/14370.pdf)



## **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 05. – 06.05.2010 - ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung am 05. und 06.05.2010 in Brüssel u. a. Entschlüsse zu dem Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“, zu Landwirtschaft und Klimawandel, zur Mitteilung über Maßnahmen zur Krebsbekämpfung und über die Bewertung und Beurteilung des Aktionsplans für Tierschutz 2006-2010 angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0154+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0131&language=DE&ring=A7-2010-0060>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0152+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0130&language=DE&ring=A7-2010-0053>

## **MADEIRA ERSTE OFFIZIELL GENEHMIGTE GVO-FREIE REGION IN DER EU**

Seit dem 04.05.2010 ist die portugiesische Atlantikinsel Madeira die erste EU-Region, in der ein Anbauverbot von genetisch veränderten Organismen (GVO) seitens der Kommission offiziell genehmigt ist.

## **UMWELTAUSSCHUSS VOTIERT GEGEN „KLONFLEISCH“**

Der Umwelt- und Gesundheitsausschuss des EP (ENVI) hat am 04.05.2010 in zweiter Lesung über die Revision der Verordnung über neuartige Lebensmittel („novel food“) abgestimmt und sich mit großer Mehrheit gegen das Klonen von Tieren für die Lebensmittelproduktion sowie das Inverkehrbringen von Lebensmitteln von geklonten Tieren und ihren Nachkommen und folglich gegen deren Einbeziehung in den Anwendungsbereich der Verordnung ausgesprochen. Damit haben die Abgeordneten ihre Gegenposition zu Kommission und Rat bekräftigt. Im hier einschlägigen ordentlichen Gesetzgebungsverfahren müssen sich die drei Institutionen auf einen gemeinsamen Text einigen. Im nächsten Schritt wird das EP-Plenum im Juli über das Dossier abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5583302>



### **KONVENT DER BÜRGERMEISTER VERPFLICHTET SICH ZU PLÄNEN DER NACHHALTIGEN ENERGIENUTZUNG**

Auf dem jährlichen Treffen des Konvents der Bürgermeister am 04.05.2010 im EP haben mehr als 500 Städte bei einem Festakt die Verpflichtung zur nachhaltigen Energienutzung unterschrieben. Somit nehmen nun 1.680 europäische Städte mit rund 120 Mio. Menschen am Konvent teil und verpflichten sich, über die EU-Ziele hinaus CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern. Nachdem der Konvent im letzten Jahr mit etwa 350 Städten startete, sind inzwischen 37 deutsche Städte, darunter sieben aus Bayern (Altötting, Eggenfelden, Fürstenfeldbruck, München, Neumarkt i. d. Oberpfalz, Nürnberg und Vaterstetten) dem Konvent beigetreten (vgl. auch EB 04/09).

[http://www.eumayors.eu/home\\_de.htm](http://www.eumayors.eu/home_de.htm)

[www.cor.europa.eu](http://www.cor.europa.eu)

### **VIERTER EUROPÄISCHER TAG DER PATIENTENRECHTE: BÜRGER IN DEN MITTELPUNKT STELLEN**

Am 06.05.2010 hielt das Netzwerk „Active Citizenship Network“ anlässlich des 4. Europäischen Tages der Patientenrechte eine Konferenz im EP in Brüssel ab. In seiner Eröffnungsrede bekräftigte der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, den Patienten in den Mittelpunkt seiner Gesundheitspolitik zu stellen. Zuvörderst wolle er die innerhalb der EU bestehenden Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung reduzieren und Patienteninformationen verbessern. Er verließ zudem seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Mitgliedstaaten bald über den Richtlinienentwurf zu Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung einigen. Nach Stand der Ratsbehandlung strebt die spanische Präsidentschaft eine Einigung zum Gesundheitsrat im Juni an.

<http://www.activecitizenship.net/content/view/303/159/>

### **ARZNEIMITTELZULASSUNG: KOMMISSION LEITET NÄCHSTE STUFE IN VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND EIN**

Die Kommission hat Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt, in der dem Mitgliedstaat vorgeworfen wird, bei der Zulassung von Arzneimitteln gemäß der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel die Vorschriften über die allgemeine medizinische Verwendung von Arzneimittelwirkstoffen nicht ordnungsgemäß



anzuwenden. Die Bundesregierung muss innerhalb von zwei Monaten reagieren. Falls keine Einigung erzielt wird, kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

Informationen über Humanarzneimittel:

[http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/pharmaceuticals/human-use/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/pharmaceuticals/human-use/index_en.htm)

Informationen zu Vertragsverletzungsverfahren:

[http://ec.europa.eu/community\\_law/infringements/infringements\\_de.htm](http://ec.europa.eu/community_law/infringements/infringements_de.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **EU-KOMMISSION HARMONISIERT EU-VORSCHRIFTEN ZUR FUNKFREQUENZNUTZUNG IM 800 MHz-BAND**

Am 06.05.2010 beschloss die Kommission vereinheitlichte technische Standards zur Nutzung des Funkfrequenzbereiches 790-862 MHz für terrestrische Systeme, die elektronische Kommunikationsdienste in der EU erbringen können. Auf diese Weise soll die Einführung drahtloser Hochgeschwindigkeitsinternetdienste gefördert und funktechnische Störungen vermieden werden. Soweit demnach EU-Mitgliedstaaten die im 800 MHz-Band durch die Umstellung von analogem zu digitalem Fernsehen freiwerdenden Frequenzen („Digitale Dividende“) für andere Dienste als Rundfunk verfügbar machen wollen, haben sie künftig die gleichen durch den Beschluss festgelegten technischen Regeln anzuwenden. Eine Pflicht zur Umstellung besteht jedoch nicht. Auch verbleibt die Zuständigkeit für die Frequenzverwaltung in Europa weiterhin auf nationaler Ebene. Die Kommission erwägt jedoch im Rahmen des anstehenden frequenzpolitischen Programms (EB 02/10) einen Termin festzulegen, bis zu dem alle Mitgliedstaaten das 800 MHz-Band zu räumen haben.

[http://www.analysismason.com/EC\\_digital\\_dividend\\_study](http://www.analysismason.com/EC_digital_dividend_study)

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecom/radio\\_spectrum/documents/legislation/index\\_en.htm#800mhz](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/radio_spectrum/documents/legislation/index_en.htm#800mhz)

### **RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN UND PARLAMENTSENTSCHLIESSUNG ZU EUROPEANA**

In seiner Sitzung am 10.05.2010 nahm der Rat für Bildung, Jugend und Kultur einstimmig und ohne weitere Diskussion in der Sache die Schlussfolgerungen „EUROPEANA: nächste Schritte“ an (EB 08/10). Ziel ist die Weiterentwicklung



von Europas digitaler Bibliothek, um das gemeinsame Kulturerbe zu erhalten und jedermann zugänglich zu machen. Die deutschen Länder wurden vom Leiter der Bayerischen Staatskanzlei Staatsminister *Schneider* vertreten. Auch das EP hat am 05.05.2010 als Antwort auf die entsprechende Kommissionsmitteilung vom August 2009 eine Entschließung gefasst, in der die Mitgliedstaaten angesichts der Bedeutung des Bibliothekprojektes für den Zugang zu Europas Kulturerbe u. a. zur vermehrten Einstellung digitalisierter Werke aufgerufen werden. *Neelie Kroes*, Kommissarin für die Digitale Agenda, begrüßte die Ratsschlussfolgerungen und Parlamentsentschließung, wobei sie die Schlüsselrolle von EUROPEANA für die Digitale Agenda im Rahmen der EU 2020-Strategie unterstrich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/538&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET ENTSCHEIDUNG ZUR DIGITALEN ZUKUNFT EUROPAS**

Am 06.05.2010 verabschiedete das EP eine Entschließung zur digitalen Zukunft Europas, die in die für 19.05.2010 von der Kommission angekündigte Mitteilung über eine Digitale Agenda, eine der Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie, einfließen soll (EB 08/10). Die Vorschläge umfassen unter anderem neben einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Hochgeschwindigkeitsinternet bis 2013 und mehr Netzsicherheit durch verbesserten Datenschutz auch den Zugang zu allen öffentlichen Diensten über das Internet bis spätestens 2015.

[http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100505IPR74147/20100505IPR74147\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100505IPR74147/20100505IPR74147_en.pdf)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0133+0+DOC+XML+V0//DE>

#### **FÜNF WEITERE EU-MITGLIEDSTAATEN FÜHREN DAS NOTRUFSYSTEM „E-CALL“ EIN**

Am 04.05.2010 verpflichteten sich mit Belgien, Dänemark, Luxemburg, Malta und Rumänien fünf weitere EU-Mitgliedstaaten zur Einführung des eCall-Notrufsystems in Kraftfahrzeugen, mit dessen Hilfe bis zu 2500 Menschenleben im Straßenverkehr gerettet werden könnten (EB 11/2008). *Neelie Kroes*, die Kommissarin für die Digitale Agenda, zeigte sich erfreut über den Einsatz



von eCall in nunmehr 20 EU-Mitgliedstaaten und bezeichnete das System als ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Informations- und Kommunikationstechnologien das Leben der Bürger verbessern, ja sogar retten könnten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/esafety/doc/esafety\\_library/mou/list\\_of\\_signatures.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/esafety/doc/esafety_library/mou/list_of_signatures.pdf)

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/esafety/ecall/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/esafety/ecall/index_en.htm)